



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 16. Mai 2022 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat mit 143 Stimmen ein neues Mitglied des Verwaltungsgerichts für eine neu geschaffene 50-Prozent-Stelle für den Rest der Amtsdauer 2019–2025 gewählt ([KR-Nr. 16/2022](#)).

Der Kantonsrat hat ein dringliches Postulat der Grünen ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben, mit dem der Regierungsrat eingeladen wurde, eine Strategie und einen Umsetzungsplan zur Förderung der strukturell bedingten beruflichen Umorientierung und der Nachholbildung im Rahmen der Arbeitslosenversicherung zu erarbeiten ([5734](#)).

Der Kantonsrat hat ein dringliches Postulat der SVP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben, mit dem der Regierungsrat aufgefordert wurde, ein Anreizkonzept zu erarbeiten, damit Unternehmen Lehrabgängerinnen und -abgänger weiterbeschäftigen und diese nicht arbeitslos in die Berufswelt starten ([5744](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der SVP mit 121 zu 49 Stimmen abgelehnt, mit der eine Senkung der Strassenverkehrsabgaben um 20 Prozent gefordert wurde ([KR-Nr. 16/2017](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative der Grünen mit 108 zu 66 Stimmen abgelehnt, mit der gefordert wurde, der Kanton Zürich solle beim Bund eine Standesinitiative mit der Forderung einreichen, dass die Kantone die Arbeitsbewilligungen von Asylsuchenden mit Negativentscheid bis zur effektiven Ausreise eigenständig verlängern können sollen ([KR-Nr. 357/2018](#)).

Die Stadt Winterthur erhält vom Kanton Beiträge in der Höhe von insgesamt knapp 18 Millionen Franken für die Elektrifizierung zweier Buslinien. Der Kantonsrat hat den Staatsbeitrag genehmigt ([5777](#)). Die für die Lösung der Ausgabenbremse nötigen 91 Stimmen wurden mit 164 Stimmen locker erreicht.

Der Kantonsrat hat ein Postulat der FDP zu Chancen, Risiken und Potenzial von Innovation und Digitalisierung für nachhaltige Mobilität im Kanton Zürich als erledigt abgeschrieben ([5636](#)).

Im Kanton Zürich wird es vorläufig keinen Rahmen-Gesamtarbeitsvertrag für Nahverkehrsbetriebe geben. Der Kantonsrat hat ein Postulat von SP, CSP und AL mit dieser Forderung mit 111 zu 55 Stimmen abgelehnt (KR-Nr. 19/2021).

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 16. Mai 2022 (Nachmittag)

Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Kanton Zürich sollen für ihre Krankenkassenprämien künftig höhere Abzüge geltend machen können ([5704](#)). Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 116 zu 49 Stimmen bei 1 Enthaltung einem Gegenvorschlag des Regierungsrates zu einer Volksinitiative der SVP zugestimmt. Gemäss dem Gegenvorschlag sollen die Abzüge für Ledige auf 2900 Franken erhöht werden, Verheiratete sollen 5800 Franken abziehen können. Die Initiative selber, mit der noch höhere Abzüge vorgesehen sind, empfiehlt der Kantonsrat zur Ablehnung. Gegenvorschlag und Initiative werden den Stimmberechtigten vorgelegt, falls die Initiative nicht zurückgezogen wird.

Der Verein Kloster Kappel erhält 11 Millionen Franken aus dem gemeinnützigen Fonds des Kantons Zürich zur «Revitalisierung und Entwicklung der Domäne Kloster Kappel» ([5751](#)). Der Kantonsrat hat der Lösung der Ausgabenbremse mit 160 Stimmen zugestimmt. Nötig sind dazu mindestens 91 Stimmen gewesen.

Das Projekt «Ein Naturmuseum für Zürich» der Universität Zürich wird mit 6 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds unterstützt. ([5784](#)). Der Kantonsrat hat der Lösung der Ausgabenbremse mit 162 Stimmen zugestimmt. Nötig sind dazu mindestens 91 Stimmen gewesen.

Der Kantonsrat hat die Antwort des Regierungsrats auf eine Interpellation der SVP zu den Bildungsgraden kantonaler Angestellter zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 22/2020](#)). Das Geschäft ist mit der Diskussion im Rat erledigt.

Der Kantonsrat hat die Antwort des Regierungsrats auf eine Interpellation der SVP zur Personalentwicklung beim Kanton Zürich zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 23/2020](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat ein Postulat von CSP und Grünen mit 80 zu 79 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, mit dem der Regierungsrat aufgefordert wird, dafür zu sorgen, dass der Kanton Zürich als Aktionär der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sich dafür einsetzen soll, dass die SNB Klimarisiken bei ihrer Investitionspolitik stärker berücksichtigt ([KR-Nr. 90/2020](#)). Zudem soll die SNB in einem Bericht darlegen, wie sie künftige Investitionen mit dem Pariser Klimaabkommen in Einklang bringen will. Der Regierungsrat muss dazu nun innert zweier Jahre Bericht und Antrag vorlegen.

Der Kantonsrat hat die Antwort des Regierungsrats auf eine Interpellation der SVP zu Stellenerhöhungen in Notlagen zur Kenntnis genommen ([KR-Nr. 142/2020](#)). Das Geschäft ist mit der Diskussion im Rat beendet.

(sda)